Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Kommunales

Narr, Ulrich Telefon: 07071-204-1700

Gesch. Z.: 10/

Mitteilungsvorlage

zur Kenntnis im Verwaltungsausschuss

Betreff: Übertragung der Sitzungen des Gemeinderats im

Internet

Bezug: Vorlage 553a/2014

Anlagen: 0

Die Verwaltung teilt mit:

In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 2. Februar 2015 hat die Verwaltung über die Möglichkeiten, Gemeinderatssitzungen als Podcast im Internet zur Verfügung zu stellen, berichtet. Der Ausschuss hat dies im Grundsatz positiv bewertet und teilte die Bedenken der Verwaltung, dass die laufenden Kosten in Höhe von ca. 1.000 € je Sitzung für Personal und Technik zu hoch sind. Die Verwaltung hat zwischenzeitlich, wie im Ausschuss zugesagt, geprüft, ob eine günstigere Lösung realisiert werden kann, die weitgehend auf den Einsatz von Personal verzichtet.

Vorlage

Datum

553b/2014

08.10.2015

Die Verwaltung hat mit Unterstützung einer Fachfirma nach Lösungsmöglichkeiten gesucht, die mit fest installierten Kameras arbeitet. Durch die Installation dreier Kameras mit unterschiedlichen Objektiven kann sowohl der Gemeinderat als auch die Sitzungsleitung im Bild eingefangen werden. Die Bilder können dann in einem Bildmischer zusammengeführt werden, so dass ein Bild mit drei Teilsegmenten entsteht. Ebenfalls gewährleistet werden kann, dass der Zuschauerbereich nicht von den Kameras eingefangen wird.

Auf eine Nachbearbeitung kann jedoch nicht vollständig verzichtet werden. So sollte die Aufnahme einer Sitzung in einzelne Sequenzen zerlegt werden, damit einzelne Tagesordnungspunkte abgerufen werden können. Zudem fallen laufende Kosten für den Upload der Daten und deren Bereitstellung auf einem Server an.

Die Verwaltung hat im Rahmen der Sanierung des Rathauses die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen, dass die Kameras installiert werden können.

Die einmaligen Kosten für die Anschaffung und Einrichtung der Geräte beträgt ca. 35.000 ∈, die laufenden Kosten betragen ca. 5.000 ∈ p. a..

Für die Verwaltung hat diese Maßnahme keine Priorität, sie hat daher darauf verzichtet, die Kosten in den Entwurf des Haushalts 2016 einzustellen.